

Beschluss des Landrats vom 16.10.2025

Nr. 1320

8. Universität Basel; Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2026–2029 (Partnerschaftliches Geschäft)

2025/285; Protokoll: gs, mko

Alle vier Jahre werde der Leistungsauftrag für die Universität von den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt erneuert, sagt Kommissionspräsidentin **Anna-Tina Groelly** (Grüne). In der aktuellen Periode 2022–2025 konnte sich die Universität stark weiterentwickeln, sie stand aber auch vor grossen finanziellen Herausforderungen. Dem Landrat wird beantragt, den Leistungsauftrag an die Universität Basel für die Jahre 2026–2029 mit einem bikantonalen Globalbeitrag von gesamthaft CHF 1'504,15 Mio. zu genehmigen. Davon sollen CHF 1'066,25 Mio. dem Bereich Lehre und Forschung und CHF 437,9 Mio. dem Immobilienbereich zugutekommen. Der Anteil des Kantons Basel-Landschaft am Globalbeitrag beträgt CHF 733,3 Mio. Mit einer anteilmässigen Berücksichtigung der Teuerung im Globalbeitrag reduziert sich ein wichtiger Risikofaktor in der nachhaltigen Finanzierung der Universität. Im Rahmen der Verhandlungen mit der Universität Basel konnten die Trägerkantone erwirken, dass die Universität einen Teil der Teuerung selbst finanziert. Anerkannt werden im Globalbeitrag auch die Mehraufwände im Immobilienbereich – und zwar dort, wo die Träger bereits in der Vergangenheit Zusicherungen gegenüber der Universität gemacht haben. Darüber hinaus soll die Universität CHF 14,9 Mio. für strategische Entwicklungen erhalten. Mit der Erhöhung des Globalbeitrags um CHF 149,25 Mio. gegenüber der aktuellen Leistungsauftragsperiode sichern die beiden Kantone die finanzielle Basis der Universität. Eintreten war in der Kommission unbestritten. Die Kommission war sich einig, dass die Universität sehr wertvoll ist und sie sprach trotz vieler Fragen einstimmig ihre Unterstützung für den Leistungsauftrag 2026–2029 aus. Ein grosser Teil der Fragen betraf die Zukunft der Universität – die künftige Strategie in den verschiedenen Bereichen und eine zu führende Kostendiskussion, um fit für die Zukunft zu sein, standen im Zentrum.

Einige Themen aus der Kommissionsberatung sollen speziell hervorgehoben werden. Zur strategischen Weiterentwicklung der Universität interessierte, wie der grosse Unterschied zwischen dem Antrag der Universität (CHF 58,8 Mio.) und dem Verhandlungsergebnis (CHF 14,9 Mio.) zustande kam. Es wurde erklärt, dass die von der Universität beantragten sieben strategischen Weiterentwicklungsprojekte bewertet und teilweise gestrichen wurden. Mit den ausgehandelten CHF 14,9 Mio. sei eine moderate Weiterentwicklung sichergestellt.

Zur Teuerung: In der aktuellen Periode (2022–2025) belastete besonders die Teuerung das Budget, da die Personalkosten ab 2023 teuerungsbedingt wesentlich stärker anstiegen als erwartet. Die Teuerung wurde von den Trägerkantonen nicht nachfinanziert – die Universität musste das entstehende Defizit durch den Abbau von Eigenkapital abfangen. Künftig werden zwei Drittel der Teuerung durch die Kantone anteilmässig mitgetragen (der Rest durch die Universität). Dieses Verhandlungsergebnis wurde von der Direktion positiv hervorgehoben. Die Tatsache, dass die Trägerkantone die Teuerung mitfinanzieren, hat ein Kommissionsmitglied allerdings auch kritisiert. Weiter hat die Kommission erfahren, dass das Immobilienwesen komplett neu geregelt wurde. Jede einzelne Liegenschaft sei überprüft und neu kategorisiert worden. Obwohl teilweise der Eindruck herrschte, dass Basel-Stadt von den Immobilien profitieren würde, konnte mit der Prüfung aufgezeigt werden, dass Basel-Stadt keinen Gewinn erwirtschaftet. Damit wurde auch die Forderung nach einer Anpassung des Standortvorteils im Bereich Immobilien entkräftet. Die Direktion betonte, dass mit der Neuregelung eine transparente und für beide Kantone faire Grundlage im Immobilienbereich bestehen würde und man kostenbewusst unterwegs sei.

Mit den zusätzlichen CHF 40 Mio. für Immobilienfolgekosten im neuen Globalbeitrag sichern die

Trägerkantone bereits realisierte oder genehmigte Bauprojekte finanziell ab. Dies war nötig, da die Schere zwischen den steigenden Immobilienkosten und dem Spartenbeitrag der Kantone immer weiter auseinander geht. Von der Universität wird aber eine neue Strategie erwartet, wie das Wachstum der Immobilienkosten gebremst werden kann.

In der Kommission wurde der Begriff «gezieltes Studierendenwachstum» angesprochen. Dabei handelt es sich um eine grosse Neuerung. Die Universität muss sich strategisch positionieren und überlegen, in welchen Bereichen sie wachsen will. Bisher erfolgte das Wachstum ungezielt. Strategische Überlegungen in Bezug auf ein gezieltes Wachstum seien aber wichtig, weil dadurch ein gezieltes Marketing aufgezogen werden kann.

Nun zu den unterschiedlichen Beiträgen, welche die Universität für die Studierenden erhält: Die Trägerkantone finanzieren die Vollkosten ihrer Studierenden. Für ausländische und ausserkantonale Studierende gelten tiefere Tarife. Den Trägerkantonen sind die tiefen Beiträge gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung (IUV) und die tiefen Bundesbeiträge ein Dorn im Auge. Schritte in die richtige Richtung sind gemäss Direktion, dass ein Teuerungsausgleich auf den IUV-Beiträgen erreicht werden konnte, und dass die ab 2021 schrittweise eingeführten IUV-Beiträge evaluiert werden. Die Ergebnisse werden im Herbst 2025 vorliegen. Die Direktion hat die Schwierigkeiten betont, Veränderungen bei den IUV-Beiträgen anstossen zu können.

Viele Fragen in der Kommission drehten sich um den Standortvorteil. Wie bereits erwähnt, finanzieren die Trägerkantone die Vollkosten ihrer Studierenden. Vom verbleibenden Restdefizit gehen 10 % zulasten des Kantons Basel-Stadt. Dies dient der Abgeltung des Standortvorteils. Die Kantone wollen den staatsvertraglich festgehaltenen Finanzierungsschlüssel überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Dazu wurde eine bikantonale Arbeitsgruppe eingesetzt. Angestrebt wird, dass der Kanton Basel-Stadt einen grösseren Teil des Restdefizits übernimmt. Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK) erwartet hinsichtlich des übernächsten Leistungsauftrags klare Vorstellungen über die finanziellen Eckwerte und damit auch eine signifikante Entlastung für den Kanton Basel-Landschaft.

Weitere Themen und Schwerpunkte der vielfältigen Diskussion in der BKSK können dem Kommissionsbericht entnommen werden.

Die Kommission erwartet, dass die verschiedenen strategischen Überlegungen hinsichtlich der nächsten Leistungsperiode von der Universität Basel zeitnah angegangen werden.

Die BKSK beantragt dem Landrat einstimmig mit 12:0 Stimmen Zustimmung zum unveränderten Landratsbeschluss. Sie hat zudem die Durchführung einer Eintretensdebatte beschlossen.

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) sagt, dass Florian Spiegel als Präsident der mitberichtenden Finanzkommission auf das Wort verzichte. Der Grosse Rat Basel-Stadt wird das Geschäft am kommenden Mittwoch beraten.

– *Eintretensdebatte*

Caroline Mall (SVP) dankt für die guten und prägnanten Ausführungen der Präsidentin. Auch die SVP empfinde die Universität als wertvolle Institution. Es ist aber feststellbar, dass alles immer teurer wird. Die Fraktion erwartet für die übernächste Leistungsperiode eine signifikante Entlastung. Der Kanton soll also mit einem vollen Rucksack in die Verhandlungen eintreten beziehungsweise er hat dies schon getan. Da helfen auch die elf Gemeinde, die eine Initiative zur Universität lanciert haben. Denn so geht es nicht weiter. Die Finanzierung und auch die IUV-Beiträge müssen definitiv neu angeschaut werden – und ebenso die Trägerschaft. Solothurn und Aargau müssen sich definitiv mehr an dieser Universität beteiligen. Ein wichtiger Punkt ist auch die fehlende Strategie: Ohne Strategie hat das Fass keinen Boden. Es ist relativ schlecht, dass man jetzt auf diese Strategie pochen muss. Sie sollte schon lange auf dem Tisch liegen – und besagen, in welche Richtung das Wachstum gehen soll. Das hat alles mit der Finanzierung für die Universität zu tun.

Eine entsprechende Strategie sollte rasch vorliegen und aufzeigen, wo der Weg in der übernächsten Leistungsperiode hingeht.

Der Landrat wird über acht Anträge abstimmen. Die SVP-Fraktion ist vor allem bei Ziffer 4 der Meinung, dass eine Zustimmung eigentlich falsch ist. Die Fraktion ist hier also gespalten. Das darf es auch bei der SVP durchaus einmal geben. Als Hinweis: Es werden immer alle Begehren verabschiedet – es geht aber um einen Wahnsinnsbetrag. Man kann von 1,5 Milliarden reden anstatt von 1'500 Millionen. Das belastet die Direktion massiv. Kurz und bündig: Der übernächste Leistungsauftrag muss für das Baselbiet deutlich günstiger daherkommen.

Roman Brunner (SP) fragt, ob der Landrat zur gemeinsamen partnerschaftlichen Universität stehe oder als unsolidarischer Trittbrettfahrer mitfahre. Das ist die Frage, die sich heute stellt. Auch Caroline Mall hat die unbestrittene Bedeutung der Universität für die Region betont. Sowohl als Wirtschaftsmotor, als Zudiener für die Pharma- und für die Life-Science-Branche, als Ort des gesellschaftlichen Diskurses, als auch als Ausbildungsstätte für unsere zukünftigen Anwältinnen, Ärzte, Informatikerinnen ist der Stellenwert der Universität Basel für unsere Region unbestritten. Die bürgerliche Regierung hat den Universitätsvertrag in der letzten Legislatur teilrevidiert und einen neuen Finanzierungsschlüssel ausgehandelt, der sich nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kantone richtet – wobei der Standortvorteil von Basel-Stadt mit 10 % des Restdefizits abgegolten wird. Das hat zur Folge, dass Basel-Stadt bereits heute Jahr für Jahr CHF 30 Mio. mehr an das Restdefizit zahlt als Basel-Landschaft.

Seitdem reissen die Forderungen nach Kürzungen und sogar der Kündigung des Universitätsvertrags aber nicht ab – wie gehört auch über eine Gemeindeinitiative. Das ist nicht ganz verständlich. Was also ist seither passiert? Einerseits – da ist man selber schuld – hat Basel-Landschaft die Steuern gesenkt und befindet sich in einer schwierigen finanziellen Lage. Andererseits – man konnte es im vorherigen Traktandum hören – ist auch die Universität in einer schwierigen finanziellen Lage, die aber weniger selbstverschuldet ist. Wie gehört: Die IUV-Beiträge sind ein grosses Thema, sie gehen zurück, sie sind zu tief. Hier stimmt der Redner absolut mit den Vorrednerinnen überein. Die Universität hat auch Ausfälle durch das Sparprogramm des Bundes. Es ist noch nicht ganz klar, was von dieser Seite auf die Universität zukommen wird. Zudem war die Teuerung höher als erwartet.

Jetzt soll die Universität in den nächsten vier Jahren 11 % mehr Geld bekommen. Das klingt auf den ersten Blick nach sehr viel. Es ist auch sehr viel Geld, das die Universität erhält, aber man muss schon sehen: Diese 11 % reichen gerade, um die Teuerung auszugleichen und die Immobilienentwicklung zu finanzieren, die der Landrat mitgetragen und beschlossen hat. Insofern ist eine strategische Weiterentwicklung, wie auch Caroline Mall es wünscht, mit den jetzigen Mitteln nicht möglich. Man konnte es im Bericht der Präsidentin hören: 75 % des Weiterentwicklungsbudgets fallen mit dieser Vorlage weg – und eine strategische Weiterentwicklung der Universität ist so praktisch nicht möglich. Man tut also gut daran, sich im Rahmen der Universitätsstrategie 2030 zu fragen, wohin sich die Universität entwickeln soll – und was man dafür auszugeben bereit ist.

Der Redner möchte von den Evergreens, man solle die Langzeitstudierenden mehr abstrafen und man solle die Volluniversität in Frage stellen, verschont werden – das wurde in den letzten Jahren zur Genüge diskutiert. Alle wissen, dass diese Faktoren nicht die Kostentreiber sind. Weder die Langzeitstudierenden noch die theologische oder die geisteswissenschaftliche Fakultät machen die Universität teuer. Die Life Sciences, die Medizin oder auch der Neubau Biomedizin sind die Kostenfaktoren. Das sind aber auch sehr wichtige Erfolgsfaktoren für die Region. Die Uni hat eine exzellente und tiefgreifende Grundlagenforschung in diesem Bereich, die Uni hat dank dieser Stärke im Life-Science-Bereich die höchste Drittmittelquote der Schweiz. Die Universität Basel ist Teil eines Life-Science-Ökosystems. So stand es letzten Frühling in der Handelszeitung, die nicht unbedingt ein linkes Blatt ist. Dieses Ökosystem sucht schweizweit oder weltweit seinesgleichen –

und genau dort will man ja auch spitze sein, genau dort liegen die Stärken und entsteht auch die Wertschöpfung unserer Region.

Steht der Landrat zur gemeinsamen partnerschaftlichen Trägerschaft der Universität oder will er ein unsolidarischer Trittbrettfahrer sein? Die SP-Fraktion ist froh, dass sich der Regierungsrat in der Vorlage unmissverständlich und eindeutig zu dieser gemeinsamen partnerschaftlichen Trägerschaft bekennt. Die SP Baselland steht zu *unserer* Universität – heute und auch in Zukunft. Sie unterstützt darum die vorliegende Vorlage mit Leistungsauftrag und Globalbeitrag einstimmig.

Auch die FDP stehe zur Universität, sagt **Thomas Eugster** (FDP). Sie unterstützt die Vorlage auch in allen Punkten. Der Redner ist aber etwas anderer Meinung als sein Vorredner: Ja, es sind weniger Zusatzgelder, welche die Universität erhält, um sich strategisch weiterzuentwickeln. Es ist aber nicht nichts, sondern CHF 14,9 Mio. Das ist für alle Seiten ein gutes Verhandlungsergebnis. Die Universität kann sich somit weiterentwickeln.

Für den übernächsten Leistungsauftrag sind aber dunkle Wolken am Himmel zu sehen. Hier müssen sich alle Seiten entsprechend vorbereiten. Wie gesagt, braucht es eine Strategie, wohin die Universität sich entwickeln will. Diese muss möglichst bald auf den Tisch kommen – und nicht erst, wenn es wieder um eine weitere Leistungsvereinbarung geht. Andererseits geht es um die IUV-Beiträge: Es ist ungerecht, dass die anderen Kantone so wenig zahlen müssen. Die FDP-Fraktion fordert beide Regierungen auf, dass sie beim Bund entsprechend vorstellig werden. Es ist klar, dass dies ein schwieriges Geschäft ist. Man muss es aber deponieren. Wenn die IUV-Beträge nicht wesentlich höher werden, wird die ganze Bildungslandschaft in der Schweiz gefährdet. Es geht nicht nur um die beiden hiesigen Trägerkantone und deren Universität. Die anderen Uni-Kantone kennen diese Problematik ebenfalls. Hier besteht ein Ungleichgewicht, das korrigiert werden muss – sonst tut man der Bildungslandschaft Schweiz keinen Gefallen. Die Regierungen seien nochmals aufgefordert, in Bern vorstellig zu werden.

Ein anderes Thema wurde ebenfalls angesprochen. Gemeinsam mit Basel-Stadt wurde die Ausgestaltung der Trägerschaft in der letzten Leistungsauftragsperiode neu ausgehandelt und ein Schlüssel betreffend Standortvorteil wurde festgelegt. Das wurde nunmehr erstmals gelebt. Der Standortvorteil von Basel dürfte wohl etwas grösser sein, als man es jetzt in den Zahlen sieht. Darum ist es richtig, dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt wurde, die das Thema beziehungsweise den Schlüssel anschaut. Vielleicht braucht es ein Feintuning. Hier wird erwartet, dass Basel-Landschaft in Zukunft eine Entlastung erfahren kann.

Das ist alles mit Blick auf den übernächsten Leistungsauftrag gesprochen – es ist aber wichtig. Zumal man heute schon weiss, dass in der Leistungsperiode ab 2030 Immobilien- beziehungsweise Abschreibungskosten auf den Kanton zukommen werden. Diese Kosten steigen. Man darf nicht darauf hoffen, dass sie zwischenzeitlich verschwinden. Positiv zu erwähnen ist andererseits, wie gut die Universität Drittmittel einwirbt. Aber auch das löst die Thematik der steigenden Abschreibungskosten nicht und kann nicht miteinander vermischt werden. Es braucht also grosse Anstrengungen und eine klare Strategie. Um die Mittel vernünftig einteilen zu können, braucht es eine klare Strategie.

Die FDP-Fraktion wird dem vorliegenden Leistungsauftrag in allen Punkten zustimmen.

Andrea Heger (EVP) verweist auf den guten Leistungsbericht 2024 der Universität Basel. Die Universität hat einen grossen Impact auf die ganze Region. Das gilt einerseits wissenschaftlich, aber auch finanziell, weil sie ein Wirtschaftsmotor ist. Es wurden Fragen zur Strategie gestellt. Dies ist ein Thema – aber man muss auch zurückschauen und überlegen, wo man herkommt.

Auch in der Vergangenheit wurden Strategien gewünscht; der Landrat hat sie selber auch mitgestaltet. Mit Blick darauf, wo man heute steht, kann man zufrieden sein mit der Leistung der Universität. Einerseits geht es um die hohe Drittmittelquote; nachdem man dies früher monierte und sag-

te, man müsse den Vertrag kündigen. Hier wurden wirklich sehr grosse Fortschritte erzielt – es ist eine enorme Drittmittelfinanzierung. Beim Immobilienbereich andererseits, bei dem man bei den Vermietungen nicht zufrieden war und darum Besitz und Bewirtschaftung entflechten wollte, wurden in den letzten Jahren grosse Fortschritte gemacht. Auch bei der Innovationsförderung, bei der man wollte, dass sie auch ins Baselbiet hinauswirkt, wurden gute Fortschritte gemacht.

Bei der Finanzierung wurde – wie Thomas Eugster es erwähnte – eine andere Aufteilung gefordert, welche die Möglichkeiten des Landkantons mehr berücksichtigt. Hier sieht man die langfristigen Auswirkungen noch nicht, aber doch, dass es für den Kanton Basel-Landschaft zum Guten gekommen ist. Allerdings: Das Damoklesschwert der Finanzen hängt über den Köpfen. Es ist ein gordischer Knoten, den man lösen muss: Wie kann man mit den vorhandenen Finanzen möglichst viel erreichen? Die Universität muss eine Balance finden zwischen der Exzellenz, auf die sie so stolz ist, dem weltweiten Ranking, und der Frage, was man als Kanton leisten oder beitragen kann. Es geht aber auch darum, was man von den anderen Kantonen erwartet. Dort soll es mehr Mitbeteiligung geben. An diesem Thema wird gearbeitet – da darf man nicht aufgeben. Es wird aber ganz schwierig sein, dort eine Lösung zu finden.

Im Immobilienbereich muss man ebenfalls den Finger drauf und die Finanzen im Auge haben. Das hat die Fraktion in der Vergangenheit auch schon moniert. Es soll keine Repräsentations-, sondern wirklich zweckdienliche Bauten geben. Die Teuerung ist aber nicht nur bei den Bauten, sondern auch sonst spürbar – und sie ist allgemein steigend. Darum ist es vermutlich etwas Wunschdenken, dass man in Zukunft weniger an die Universität zahlt – man sollte vielmehr das Ziel haben, das Wachstum der Ausgaben im Verhältnis zu bremsen.

Wachstum ist auch ein gutes Stichwort, das man mit dem Bund noch einmal schauen muss. Der Anreiz seitens Bund ist eigentlich sehr falsch gesetzt, indem er seine Subventionen in Abhängigkeit der Studierendenzahlen ausrichtet. Dies erscheint etwas unsinnig.

Ein Bereich, der in der Fraktion immer wieder diskutiert wird, ist die Nutzung von Synergien mit anderen Universitäten. Dort können sich aber alle selber an der Nase nehmen, denn Synergien sind nicht nur innerhalb der Schweiz möglich, sondern auch mit dem Ausland. So arbeitet die Universität Basel etwa bei Eucor oder Horizon mit oder möchte dies. In diesen Gefässen fließen auch Gelder. Aufgrund gewisser Entscheidungen musste man in diesem Bereich aber sträfliche negative Auswirkungen auf die Universität hinnehmen. Hier sei ein Appell an alle gerichtet: Man muss in Zukunft schauen, dass die Universität Basel langfristig gesichert an diesen Programmen teilnehmen kann. Dies hat sowohl finanzielle Auswirkungen als auch Auswirkungen auf die Exzellenz. Die Grüne/EVP-Fraktion unterstützt das vorliegende Geschäft, und dass der Weg weitergeht – verbunden mit dem Wissen, dass auf allen Ebenen (strategisch bei der Universität, bei den Regierungen und beim Landrat) ganz viel Arbeit ansteht.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) sagt einleitend, dass die Mitte-Fraktion allen Anträgen einstimmig zustimmen werde. Die Fraktion steht klar hinter der Alma Mater mit ihrer Wirkung in der Schweiz, aber auch weltweit.

Es war hören, dass es verschiedene Blackboxes im Bereich der Finanzierung gibt. Ein Thema ist die in den Augen der Fraktion unglückliche Initiative zur Auflösung des Universitätsvertrags, ein anderes Thema ist die Reduktion der Bundesgelder für die Universitäten im Rahmen des Entlastungspakets. Man muss sich durchaus fragen, ob Bundesbern vergessen hat, dass die Bildung die eigentliche Ressource der Schweiz ist. Das Land hat exzellente Universitäten und Fachhochschulen, die ein wichtiger Pfeiler des Wohlstands sind. Alle müssen mithelfen, dass diese Kürzungen verhindert werden. Sie sind umso fataler, als auch die Mittel des Schweizerischen Nationalfonds drastisch gesenkt werden sollen. So gehen wichtige Drittmittel verloren. Das wird sich nachteilig auf die Forschung an der Universität auswirken.

Eine weitere Blackbox ist die mögliche Veränderung des Finanzierungsschlüssels ab 2030. Wer

soll einspringen, wenn der Kanton Basel-Landschaft die Uni nicht mehr anteilmässig finanziert? Irgendwann wird Basel-Stadt sagen, man habe auch kein Geld mehr und sei nicht mehr bereit, das Restdefizit von 10 % zu berappen. Das wird ein herausforderndes Thema werden.

Angesprochen wurde auch das Problem der IUV-Beiträge. Die anderen Kantone reiben sich die Hände und können unsolidarisch sein – zumal Basel-Stadt und Basel-Landschaft ja die Vollkosten zahlen. Der Landrat muss dringend am Thema dranbleiben, sei dies über die eigenen Bundesparlamentarier oder in der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK). Das Thema der Studiengebühren wurde in der Fraktion kontrovers diskutiert. Sie ist hier nicht einheitlich unterwegs. Wenn man aber die Semestergebühren für Studierende erhöht, die nicht aus Basel-Stadt oder Basel-Landschaft beziehungsweise vor allem aus dem Ausland kommen, werden die grossen *brains* vergraut. Ob dies im Sinne der Sache ist, ist sehr fraglich. Man weiss ja andererseits auch, dass ein grosser Teil der Studierenden nebenher jobbt. Es wäre fatal, in angelsächsische Verhältnisse abzugleiten. Das Bildungssystem muss für alle Portemonnaies offen sein, auch die tertiäre Bildung. Es ist aber auch der Fraktion klar, dass die Alma Mater sich eine Strategie geben muss, welche Forschungs- und Studienbereiche sie ausbauen will – und ob es Studiengänge gibt, auf welche sie auch als Volluniversität verzichten will.

Zusammengefasst steht die Universität vor sehr grossen Herausforderungen. Das geschieht aber nicht das erste Mal in ihrer Existenz. Der Landrat muss aufpassen, dass sie nicht kaputt gespart wird. Die Universität trägt einen grossen Teil zum Wohlstand der Region bei. Sie muss als Standortvorteil für die Region die notwendigen finanziellen Mittel erhalten. Sonst gehen in diesem Forschungsleuchtturm irgendwann die Lichter aus.

Sabine Bucher (GLP) dankt Anna-Tina Groelly für den guten und differenzierten Bericht. Die GLP-Fraktion sagt Ja zum vorliegenden Leistungsauftrag. Den übernächsten Leistungsauftrag muss man aber schon bald anpacken. Einer Kündigung des Universitätsvertrag, wie es eine Initiative verlangt, die zeitnah behandelt werden muss, würde die GLP-Fraktion aber nicht zustimmen. Die Universität Basel braucht Planungssicherheit. Also muss man auch möglichst schnell mit den nächsten Arbeiten anfangen. Das wissen Monica Gschwind und vermutlich auch ihre Nachfolge. Verschiedene Ansatzpunkte wurden diskutiert – es geht einerseits um die IUV-Beiträge, die schwierig zu verhandeln sind. Ein Thema ist sicher auch der Standortvorteil von Basel-Stadt. Die zusätzlichen 10 % bei den Restkosten sind eine politisch ausgehandelte Zahl. Sie hat keine berechnete Grundlage. Es wäre schön, wenn man eine Analyse dieses Standortvorteils hätte: Welchen Nutzen hat die Universität für Basel-Stadt und für Basel-Landschaft – und vielleicht auch für den Aargau? Es geht darum, die Kosten gerechter zu verteilen. Vielleicht ergibt es sich ja auch, dass Basel-Landschaft einen grossen Nutzen aus der Universität zieht. Damit könnte man der eigenen Bevölkerung zeigen, wie stark man als Kanton von der Universität profitiert. Die Region steht für Innovation und Forschung. Sie kann zwar die Unternehmen nicht mit den allertiefsten Steuern, dafür aber als Innovations- und Forschungsstandort anziehen. Die Universität schafft hier somit einen grossen, weshalb es wichtig ist, Geld in sie zu investieren.

Jan Kirchmayr (SP) will den Fokus auf eine universitäre Gruppe richten, an die man vielleicht nicht unbedingt denken würde, wenn man an die Universität denkt. Es geht es für einmal nicht um die Studierenden oder die Professorinnen und Professoren – es geht um den akademischen Mittelbau. An den Universitäten im deutschsprachigen Raum braucht es eine Mittelbaureform. Wer im akademischen Mittelbau arbeitet und sich dort engagiert – also Doktorierende und sogenannte Post-Docs, die ihre Doktorarbeit geschrieben haben und sich meistens von einem befristeten Vertrag zum nächsten befristeten Vertrag hangeln –, weiss meist nicht, wie es weitergeht. Die Leute im akademischen Mittelbau, die eigentlich ihre Doktorarbeit schreiben oder weiter forschen sollten, müssen die Anträge für die Finanzierung an den Schweizerischen Nationalfonds

(SNF) verfassen oder Seminararbeiten der Studierenden korrigieren, wofür sie eigentlich viel zu wenig Zeit haben. Sie stehen unter massivem Druck, dass sie die Abgabezeiten für ihre Artikel oder ihre Dissertationen einhalten. Der Redner ist froh, dass im Bericht auch die Rede von einer Reform der Anstellungsbedingungen des akademischen Mittelbaus erwähnt ist. Es ist wichtig, dass dies angegangen wird.

Es braucht grundsätzlich unbefristete Anstellungen für Post-Docs. Es kann nicht sein, dass man sie mit Kettenverträgen einfach Jahr für Jahr bindet. Zweitens braucht es Dauerstellen für Daueraufgaben wie etwa für Lehraufträge. Auch dort kann es nicht sein, dass man einfach nur noch mit befristeten Verträgen arbeitet. Das ist unattraktiv. So bekommt man nicht die besten Leute. Drittens braucht es echte Teilzeitmodelle – und nicht Anstellungen von 60 %, bei denen man trotzdem 100 % arbeitet, damit man seine Aufgaben überhaupt bewältigen kann.

Der Redner erwartet, dass diese Themen in den kommenden vier Jahren angegangen und essentielle Verbesserungen erzielt werden. Nicht die Professorinnen und Professoren, sondern die Leute im akademischen Mittelbau leisten den grössten Teil der Forschungsarbeit, indem sie die Unterlagen aufbereiten, die Recherchen betreiben und die wissenschaftlichen Publikationen vorbereiten und umsetzen. Es braucht Massnahmen gegen die Allmacht von gewissen Professuren, die es leider an den Universitäten gibt. Der Mittelbau macht die Universität aus – das wird aber leider ziemlich oft vergessen.

Markus Graf (SVP) spricht von einem interessanten Votum des Vorredners. Dieses betreffe aber einen eher kleinen Teil der Baselbieter Bevölkerung. Für die Baselbieter ist vielmehr wichtig, dass im hiesigen Bildungsbereich gespart wird. Das Geld fehlt auch in den Gemeinden. Der Redner ist sich nach wie vor nicht ganz sicher, ob alle im Saal begriffen haben, dass es bei den allermeisten Gemeinden im Baselbiet brodelt. Der Grund sind die Sparmassnahmen des Kantons, der immer mehr Leistungen an die Gemeinden delegiert. Das macht allen Baselbieter Gemeinden grosse Sorgen. Bei der Universität aber wird für die kommende Leistungsperiode nochmals tief ins fast leere Baselbieter Kässeli gefasst. Satt 11 % mehr sollen es sein. Die Hauptgründe seien die Teuerung sowie die fehlenden Beiträge der anderen Kantone und des Bundes. Das viele Geld des Baselbiets gebe der Uni Planungssicherheit. Das sei wichtig für die strategische Ausrichtung. Nach wie vor – und nicht zum ersten Mal, seit der Redner im Landrat ist – wird an der Universität nicht über das Sparen nachgedacht. Im Gegenteil: Das Wachstum ist unbegrenzt. Sparen muss man ja auch nicht – zumal die beiden Parlamente jedes Mal bereit sind, nach einer kurzen Debatte mehr Geld zu sprechen, wenn die Universität das will.

Glauben die Landratsmitglieder nicht auch, dass die Baselbieter Gemeinden froh wären, wenn sie Planungssicherheit hätten, damit sie sich strategisch besser ausrichten können? Wenn man einen Blick auf das aktuelle Sparprogramm des Kantons wirft, so ist klar ersichtlich, dass gerade im Bildungsbereich auf Kosten der Baselbieter Kinder und Gemeinden gespart wird. Hier einige Beispiele aus dem Aufgaben- und Finanzplan: Bei den Sekundarschulen werden zwei Lektionen bei den Wahlpflichtfächern reduziert. Es wird auf die Projektwochen an den Sekundarschulen verzichtet. Die Weiterbildungsausgaben beim Programm Zukunft Volksschule werden aufgeschoben. Auf die Standardkostenabgeltung bei den Sekundarschulen und in der Primastufe wird ebenfalls verzichtet. Auch der Halbklassenunterricht in Medien und Informatik in den Sekundarschulen wird aufgehoben. Andere Bereiche wie die Landwirtschaft u. v. m. sind hier noch gar nicht angesprochen. Damit man das stattliche Loch in der Baselbieter Kasse wieder füllen kann, werden im Baselbiet gemäss AFP Leistungen gestrichen, Gebühren erhöht – oder der Autofahrer als einfachste Variante mit mehr Radarfallen, anderen Kontrollen oder anderen Gebührenerhöhungen geplagt.

Der vielfach zitierte Standortvorteil oder der Impact – den die Universität gemäss Landrätin Andrea Heger bringen soll – ist schlicht zu wenig spürbar im Baselbiet. Das muss in den nächsten Verhandlungen eindeutig stärker eingebracht werden. Wenn man auf die Wirtschaftsleitung der bei-

den Kantone schaut, ist der Unterschied frappant. Das zeigt ein Blick auf den nationalen Finanzausgleich. Während sich der Kanton Basel-Landschaft im Mittelfeld bewegt und manchmal etwas Geld bekommt oder manchmal einzahlen muss, zahlt Basel-Stadt jährlich dreistellige Millionenbeträge ein. Die Nachbarkantone Solothurn und Aargau, die zusammen gleich viele Studierende an die Universität Basel schicken wie Basel-Stadt, haben halb so viele Schulden (Solothurn) wie Basel-Landschaft oder sind längst schuldenfrei (Aargau) – und können sogar zum wiederholten Mal die Steuern senken. Laut dem nationalen Finanzausgleich haben Solothurn und Aargau eine viel geringere Wirtschaftsleistung als Basel-Landschaft – sie erhalten deshalb zusammen jährlich über CHF 1 Mrd. aus dem nationalen Finanzausgleich. Diese Umverteilung findet eigentlich statt, damit alle Kantone ihre Aufgaben wahrnehmen können – auch im Bildungsbereich. Aber die Nicht-Hochschulkantone kümmert dies wenig. Sie haben den Fünfer und das Weggli. Der Kanton Basel-Landschaft profitiert viel weniger stark als Basel-Stadt vom Standortvorteil der Universität, finanziert aber nicht nur seine eigenen Studierenden voll, sondern verschenkt seit bald zwei Jahrzehnten Unsummen an Trittbrettfahrerkantone. So kann der Kanton nicht vom Fleck kommen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis der Gürtel im Baselbiet noch enger geschnellt werden muss.

Langer Rede kurzer Sinn: Das Kosten-/Nutzen-Verhältnis der Universität für den Kanton Basel-Landschaft ist unterirdisch – das muss in der übernächsten Leistungsperiode zwingend angepasst werden. Nach wie vor ist die Kantonsverschuldung riesig – sie liegt bei mehr als CHF 2 Mrd. Die Begehrlichkeiten werden trotzdem immer grösser. Die vielen eingereichten Initiativen sind ein deutliches Zeichen, wo es hingeht. Es wird in Zukunft zu weniger Steuereinnahmen für den Kanton führen. Gleichzeitig hat auch der Bund die Bremse angezogen und sich ein Sparprogramm auferlegt. Finanziell rosige Zeiten sehen definitiv anders aus. Da der Landrat scheinbar auch nach mehr als 20 Jahren nicht imstande ist, das Vertragswerk auf vernünftige Beine zu stellen oder zu kündigen, ist die SVP-Fraktion froh, dass einige Gemeinden das Heft jetzt endlich selber in die Hand genommen haben – damit das Baselbieter Volk abstimmen kann, ob der Kanton sich für eine faire Hochschulfinanzierung stark machen soll, die zu einer finanziellen Entlastung für den Kanton Basel-Landschaft führen wird. Zumal die Aussicht auf eine grosse Entlastung durch die Anwesenden in diesem Saal sehr klein ist – diese Erfahrung musste der Redner machen: Nach wie vor sind der Einfluss von Interessenvertretungen und deren Verandelung mit gewissen Parteien im Landrat zu gross. Leider – denn dieser Filz wird nicht zum Wohl des Baselbiets führen.

Indre Steinemann (SVP) sagt, dass die Universität eine bedeutende Institution mit einer langen Tradition sei, ihre Tradition allein es jedoch nicht rechtfertige, ihr unbegrenzt Mittel zur Verfügung zu stellen. In einer Zeit, in der Kanton und Gemeinden Schulden aufbauen, Spitäler Sparprogramme beschliessen, Krankenkassenprämien immer weiter steigen und Mietkosten zunehmen, leistet sich die Universität Basel nach wie vor Strukturen und Projekte, die fraglich sind. Forschung und Lehre sind ihre Kernaufträge. Alles, was darüber hinausgeht – Marketingkampagnen, Imageprojekte –, ist nur dann gerechtfertigt, wenn der Kernauftrag vollumfänglich erfüllt ist. Sparen ist kein Angriff auf die Wissenschaft. Es ist eine Einladung, Prioritäten zu setzen und zu klären. Wer echte akademische Qualität will, muss den Mut haben, Überflüssiges zu streichen und die Ressourcen dorthin zu lenken, wo sie für Gesellschaft und Arbeitsmarkt wirklich zählen. Zusammengefasst: Es braucht keine grössere Universität, sondern eine fokussierte, starke und verantwortungsbewusste Universität. Und der Landrat steht in der Pflicht, ein Zeichen zu setzen und genau das einzufordern. Die Universität Basel will exzellent sein – sie muss auch lernen, Exzellenz in der Verwaltung ihrer Ressourcen zu beweisen.

Stephan Ackermann (Grüne) stellt klar, dass er sich als Einzelsprecher äussere – nicht im Namen der Partei. Die Schweiz ist bekannt als Trittfahrernation. Und wenn nicht auf internationaler, so eben auf nationaler Ebene. Und genau darin liegt das Problem: Andere Kantone wollen nicht mitfinanzieren. Solange die Gremien so zusammengesetzt sind, wie sie heute sind, wird sich das

auch nicht ändern – mit oder ohne Initiative. Niemand wird freiwillig mehr zahlen. Allerdings war der Kanton Basel-Landschaft vor einigen Jahren bereit, diesen Schritt zu machen und mehr an die Universität zahlen. Vielleicht hatte man damals die Hoffnung, dass, wenn man als leuchtendes Vorbild vorangeht, sich andere anschliessen würden. Doch diese Zeiten sind vorbei. Vielleicht war das früher, zu Zeiten Winkelrieds noch so, dass die Gelegenheit gemeinsam genutzt wurde, um einen Sieg zu erringen – heute ist das nicht mehr der Fall. Man muss vielmehr weiterdenken und sich überlegen, welche Chancen es in der Schweiz gibt, die Universitäten zukunftsfähig aufzustellen. Persönlich ist Stephan Ackermann überzeugt, dass man sich von der Idee der regional verankerten alten Universitäten lösen muss. Diese hatten und haben zwar ihre Berechtigung. Die Schweiz gönnt sich aber den Luxus, in jeder Region eine hervorragende Universität zu haben – und jede Region ist stolz auf ihre eigene beste Universität. Dieses Modell hat lange funktioniert, wird aber in Zukunft nicht mehr funktionieren. Es ist an der Zeit, weiter und national zu denken. Es ist höchste Zeit, über eine nationale Universität nachzudenken. Vielleicht mag das heute noch niemand laut sagen, aber in zehn oder zwanzig Jahren wird man sich vielleicht ernsthaft damit befassen – und dann hoffentlich erkennen, dass es ein guter Weg gewesen ist. Der Kantönligeist aber, wie er heute gepflegt wird, steht der Entwicklung im Weg. Er bittet deshalb alle Anwesenden, diesen Gedanken mitzunehmen – auch in die künftigen Verhandlungen. Irgendjemand muss einmal den Anfang machen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn der Kanton Basel-Landschaft diesen ersten Schritt wagen würde. Stephan Ackermann ist allerdings bewusst, wie Politik funktioniert – es dauert oft lange, bis etwas in Bewegung kommt. Aber er gibt die Hoffnung nicht auf, dass der Kanton Basel-Landschaft eines Tages als leuchtendes Beispiel vorangeht.

Florian Spiegel (SVP) findet, dass seine Vorredner Markus Graf und Stephan Ackermann einige gute Punkte angesprochen hätten – insbesondere jene, dass man heute denken und handeln müsse, und nicht erst in zehn Jahren. Es geht dem Redner nicht um einzelne Details, sondern um die grundlegende Frage, was der Kanton Basel-Landschaft will, wofür er steht und was für ihn wirklich wichtig ist.

Zuerst zum Thema Steuern: Oft ist zu hören, die aktuelle finanzielle Lage sei durch Steuersenkungen verursacht worden. Diese Darstellung ist falsch. Es hat bisher keine Einkommenssteuerreform gegeben. Die Vermögenssteuerreform, die beschlossen wurde, trägt aktuell noch nicht, sodass sie nicht für die heutige Situation verantwortlich sein kann. Die einzige Reform, die tatsächlich umgesetzt wurde, war die SV17 – und trotz dieser Reform sind die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen massiv gestiegen. Wer also behauptet, die heutigen Schwierigkeiten seien Folge von Steuersenkungen, erzählt eine politisch bequeme, aber sachlich falsche Geschichte. Das mag für den Diskurs oder für die Medien nützlich sein, entspricht aber nicht der Realität.

Wichtig ist, dass sich der Kanton Basel-Landschaft eines bewusst ist: Vor rund zwanzig Jahren ging es dem Stadtkanton schlechter und dem Landkanton besser. Aus einem brüderlichen Verständnis heraus hat man sich damals in Verträge manövriert, von denen man heute noch zehrt. Inzwischen hat sich die Situation jedoch gedreht. Heute gilt: Es gibt eine volle Patientenfreizügigkeit, einen Kulturvertrag und einen Universitätsvertrag – alles zusammen kostet den Kanton Basel-Landschaft weit über CHF 200 Mio. jährlich. Gleichzeitig müssen in allen Direktionen Sparmassnahmen umgesetzt werden. Viele Gemeinden stehen unter Druck, und selbst beim Finanzausgleich gibt es Probleme und man weiss nicht, wie weiter. Und dennoch zahlt der Kanton Basel-Landschaft grosszügig Jahr für Jahr über CHF 200 Mio. an den Kanton Basel-Stadt. Und was dieser mit diesem Geld? Eine Steuersenkung. Es muss klar gesagt werden: Basel-Landschaft finanziert die Steuersenkung von Basel-Stadt. Das ist die einzige Wahrheit. Ohne diese Zahlungen könnte sich die Stadt das gar nicht leisten. Heute ist das Verhältnis also umgekehrt: Vor zwanzig Jahren trug Basel-Landschaft solidarisch mit – heute ist er der finanziell schwächere Kanton, und statt einer brüderlichen Geste, senkt die Stadt die Steuern. Markus Graf hatte es bereits erwähnt:

Auch der Kanton Aargau plant für 2026 eine Steuersenkung um fünf Prozentpunkte – über CHF 100 Mio. Rundherum werden die Steuern massiv gesenkt, während der Kanton Basel-Landschaft dasjenige, was er bräuchte, um seine Gemeinden zu unterstützen, die Bildung und die Wohlfahrt zu finanzieren, in einen anderen Kanton gibt. Heute zahlt man in Basel-Stadt weniger Steuern als im grenznahen Allschwil. Dieser Wind hat sich gedreht. Die Frage ist nun, wie lange der Kanton noch in dieselbe Richtung segeln will, bis es nicht mehr tragbar ist – oder ob er endlich erkennt, dass gehandelt werden muss. Dazu muss man sich erst jenen Summen bewusst sein, die dem Kanton und der Bevölkerung fehlen. Florian Spiegel ist Landrat des Kantons Basel-Landschaft – und nicht Grossrat des Kantons Basel-Stadt.

Gzim Hasanaj (Grüne) hat sich zu Beginn der Debatte sehr gefreut, als er die Voten der verschiedenen Fraktionen gehört hat. Es schien zunächst, als stünden alle mehrheitlich geschlossen hinter der Universität. Es war beinahe ein Tag zum Zurücklehnen. Doch wie bekannt ist, soll man sich nicht zu früh freuen. Die Angriffe auf die Universität kommen immer wieder, und die jüngsten Vorschläge, die vorgebracht wurden, sind nicht ganz fair, weil vieles davon nichts mit der Universität selbst zu tun hat. Man sollte bei der Debatte eigentlich bei der Universität bleiben. Wenn jemand gute Sparvorschläge hat, die tatsächlich die Universität betreffen, ist das willkommen – dafür ist die heutige Diskussion da. Aber über Themen wie Prämienverbilligungen oder die Finanzen anderer Gemeinden zu sprechen, geht am Thema vorbei. Betreffend Finanzausgleich gibt es eine eigene Initiative, über die man sich diskursiv noch austoben kann.

In den Hearings am Vormittag hat der Redner einen Satz gehört, der ihm besonders gefallen hat. Auf die Frage, wie er zu den Steuern stehe, sagte ein Kandidat: «Mit den Steuern finanzieren wir Zivilisation.» Dieser Gedanke hat ihn beeindruckt. Denn die Universität ist eine wichtige Säule dieser Zivilisation. Die Schweiz ist stark, weil sie über eine starke soziale Mobilität verfügt. Das bedeutet, dass auch Kinder von Bauern, Handwerkern oder Menschen wie er selbst, der als Flüchtling in die Schweiz gekommen ist, die Möglichkeit haben, zu studieren. Der Blick in die USA zeigt, wohin eine Elitenbildung führt – nämlich in keine gute Richtung. Die Stärke der Schweiz liegt darin, dass sie starke, öffentlich finanzierte Universitäten hat, die für eine breite gesellschaftliche Durchmischung sorgen – bis hinein in dieses Parlament. Diese Stärke gilt es zu bewahren.

Zum Schluss: Wie dem Kommissionsbericht zum Leistungsbericht 2024 der Universität zu entnehmen ist, bezahlt der Kanton Stadt – gemessen am Verhältnis Globalbeitrag pro Student/in rund CHF 85'000.–, während es für den Kanton Basel-Landschaft rund CHF 59'000.– sind. Die übrigen Kantone beteiligen sich pro Studierende jedoch nur mit knapp 15'000.–. Dort muss angesetzt werden – andere Kantone und auch der Bund sollten stärker in die Pflicht genommen werden. Es bringt jedoch nichts, wenn sich die Kantone gegenseitig karnalisieren. Es ist deshalb wichtig, dass der Kanton Basel-Landschaft die Universität weiterhin unterstützt.

Jan Kirchmayr (SP) stellt fest, dass gewisse Personen im Saal offenbar noch nicht verstanden hätten, dass aus dem Kanton Basel-Landschaft mehr Studierende an der Universität Basel eingeschrieben sind als aus Basel-Stadt selbst. Diese Realität, muss man zuerst einmal zur Kenntnis nehmen.

Wozu sind die Kürzungen und Abbaumassnahmen, die im Baselbiet beschlossen wurden, eigentlich überhaupt nötig? Für das Jahr 2024 hatte der Finanzdirektor ein Defizit von CHF 60 Mio. budgetiert, in der Rechnung gab es jedoch einen Überschuss von CHF 157 Mio. Unter solchen Umständen braucht es keine Abbaumassnahmen. Für das Jahr 2025 ist im Budget ein Defizit von CHF 66,8 Mio. vorgesehen. Man darf gespannt sein, wie der Rechnungsabschluss aussehen wird, der dem Landrat in einem halben Jahr vorgelegt werden wird – ob es dann tatsächlich ein Defizit gibt oder erneut einen grossen Überschuss. Diese unklare und teilweise unseriöse Budgetierung führt dazu, dass im Parlament Kürzungen und Abbaumassnahmen beschlossen werden. Es werden Stunden auf der Sekundarstufe I gekürzt, es wird bei den Schullagern und bei der Prämien-

verbilligung gekürzt, und es findet kein Halbklassenunterricht mehr statt. Die SP wird in zwei Wochen ihre Budgetanträge sehr gerne wieder im Landrat einreichen und lädt alle dazu ein, sie zu unterstützen, die unsäglichen Massnahmen rückgängig zu machen, die mit Blick in den Rechnungsabschluss ja gar nicht notwendig sind.

Es gibt ein unsägliches Gegeneinander-Ausspielen von Finanzierungen. Der Hauptkostentreiber in den Gemeinden ist die Bildung, weil gewisse Gemeinden blind und nicht nachhaltig gewachsen sind und dabei einzig und alleine im Kopf hatten, die Steuereinnahmen zu erhöhen. Sie dachten nicht daran, vielleicht auch noch Schulhäuser oder einen zusätzlichen Kindergarten zu bauen. Gleichzeitig gibt es den demographischen Wandel. Die Bevölkerung wird älter, und der Kanton hatte lange keine klare Strategie, welche übergeordnete Massnahmen ergriffen werden müssen, um das Wohnen und Leben im Alter zu verbessern. Diese Fragen müssen angegangen werden. Alles andere ist Vogelstrausspolitik – man steckt den Kopf in den Sand und tut so, als liesse sich das Problem auf diese Weise lösen. Wirkliche Lösungsvorschläge hat Jan Kirchmayr bislang keine gehört, sondern nur eine langweilige Bewirtschaftung von Problemen.

Ursula Wyss Thanei (SP) hatte sich gut auf ihr Votum vorbereitet, muss aber feststellen, dass dies heute wenig nützt, da die Debatte ganz anders verlaufen ist als erwartet. Sie fragt sich, wie man einerseits betonen kann, hinter der Universität zu stehen, und gleichzeitig Kürzungen in Betracht zieht. Die Universität ist ein zentraler Teil des Bildungssystems. Sie muss ausreichend finanziert sein, damit sie ihre Aufgaben in der heutigen Qualität erfüllen kann – genauso wie die Berufsbildung oder die Fachschulen. Diese Institutionen sind für die kommenden Generationen systemrelevant. Jede und jeder hat Anspruch auf eine Ausbildung, die den eigenen Fähigkeiten und Interessen entspricht, sei es in der Berufsbildung oder an der Universität.

Die Frage, was die akademischen Werte einer Hochschule ausmacht, ist breit und vielschichtig. Sie gehört aber nicht in eine Diskussion über Sparmassnahmen. Überflüssiges zu streichen, klingt einfach, ist aber schwierig. Was ist überflüssig? Grundlagenforschung braucht Zeit und Geld. Sie garantiert kein sofortiges Resultat, und manchmal ist das Ergebnis nicht das, was man erwartet – aber genau das gehört zur akademischen Forschung.

Auch die Wirtschaft profitiert von der Universität. Ein Beispiel ist die enge Zusammenarbeit zwischen Forschung und Wirtschaft und von Forschungsprogrammen und Wissenstransfer. Die Universität fördert jährlich mehrere Projekte, die Wissen in die Praxis übertragen. Mit den sogenannten Propelling Grants werden Forschungsergebnisse unterstützt, die in marktfähige Anwendungen überführt werden sollen. Jedes Projekt erhält CHF 50'000.– für ein halbes Jahr. Im Jahr 2024 sind aus den 18 geförderten Projekten sechs Start-ups entstanden – eine Erfolgsquote von rund 30 Prozent. Zwischen 2018 und 2023 wurden in der Region insgesamt CHF 1,5 Mrd. in Projekte investiert, und zwar dank dem Wissen, das aus der Universität kommt. Für 2025 wird mit über CHF 450 Mio. gerechnet. Das ist ein erheblicher Beitrag. Darüber hinaus richtet die Universität ihre Ausbildungsprogramme an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen aus. Sie leistet somit sehr viel für die Region und für die Gesellschaft insgesamt. Es ist an der Zeit, über den Wert der Universität zu reden, denn in der Zwischenzeit wurde sie vor allem kritisiert.

Zum Thema IUV-Beiträge hält Ursula Wyss fest: Die Kantone zahlen für ihre Studierenden die Vollkosten. Im Durchschnitt betragen diese pro Studierenden zwischen CHF 22'000.– und CHF 33'000.–. Wird der gesamte Trägerschaftsbeitrag berücksichtigt, sieht es jedoch anders aus. In der Fakultätsgruppe I, den Geisteswissenschaften, decken die IUV-Beiträge rund 40 % der Vollkosten, also etwa CHF 24'000.–. Das ist wenig. In der Fakultätsgruppe II sind es nur 34 %, also rund CHF 65'000.– pro Studierende. In der Fakultätsgruppe III, den medizinischen Studiengängen ab dem dritten Jahr, beträgt der Anteil 67 %, bei Kosten von etwa CHF 69'000.–pro Jahr. Diese Zahlen zeigen, dass die Finanzierung nicht in allen Bereichen ausreicht. Gleichzeitig profitiert auch Basel-Landschaft vom IUV-System: Der Kanton zahlt CHF 10,6 Mio. an Beiträge für

Studierende, die an anderen Universitäten ausgebildet werden. Das System ist also nicht so ungerecht, wie es manchmal dargestellt wird. Man muss sich auch überlegen, ob man nicht – vielleicht zusammen mit Basel-Stadt – eine Standesinitiative machen möchte. Dadurch liessen sich vielleicht einige Millionen Franken weniger ausgeben.

Es ist wichtig, die Universität heute zu unterstützen. Das schliesst nicht aus, dass man über die Zukunft nachdenkt – wie es Stephan Ackermann angesprochen hatte. Der Regierungsrat wird sich mit diesen Fragen befassen. Die Universität braucht jetzt die finanzielle Unterstützung, und deshalb soll der Landrat der Finanzierung zustimmen.

Sven Inäbnit (FDP) ist einmal mehr erstaunt über das Bashing seitens SVP – sei es offensichtlich oder von Seiten der Regierungsratskandidatin latent –, das sich gegen eine Institution richtet, die für die Region von zentraler Bedeutung ist. Die Universität ist für Bildung und Wirtschaft in der Nordwestschweiz essentiell. Ursula Wyss hat die Werte bereits dargelegt, sie sind bekannt und unbestritten. Es wäre töricht, wenn der Kanton gegen aussen den Eindruck erwecken würde, nicht hinter dieser Institution zu stehen und ihr Renommee nicht nutzen zu wollen. Zahlreiche Studien zeigen den Einfluss der Universität. Es ist einer Diskussion unwürdig, wenn man sich darüber streitet, ob eine Investition von fünf Rappen in Basel-Stadt zwei Rappen mehr Wertschöpfung bringt als im Baselbiet. Die Region muss ganzheitlich denken. Die Universität hat einen grossen Einfluss auf das Bildungssystem und die wirtschaftliche Entwicklung. Eine Debatte, die diese Bedeutung in Frage stellt, ist bedauerlich. Stephan Ackermann ist zuzustimmen, dass man weiterdenken müsse. Weiterdenken heisst aber, dass man von der Universität aus denkt – und nicht gegen sie. Wenn die Region Zerrissenheit zeigt, schwächt sie ihre Position auf nationaler Ebene. Nur mit einer gemeinsamen Haltung kann man bei Fragen wie der Erhöhung der IUV-Beiträge oder der Entwicklung zukünftiger Konzepte, etwa im Bereich von Kompetenzzentren, etwas erreichen. Dafür braucht es eine stabile Grundlage. Dauernde Grabenkämpfe zwischen Stadt und Land sind dabei kontraproduktiv.

Fast abenteuerlich ist die Argumentation von Florian Spiegel, der behauptet hatte, die Universitätsbeiträge würden letztlich Steuersenkungen in Basel-Stadt finanzieren. Diese Sichtweise ist doch ziemlich hanebüchen, was auch Florian Spiegel einleuchten dürfte, wenn er sich mal ernsthaft auf den Gedanken einlässt. Der Universität muss signalisiert werden, dass die Politik ihre Finanzen im Blick hat. Dafür gibt es die IGPK und die BKSK. Es ist unbestritten, dass Einsparungen möglich sind. Aber das Bashing und der Kampf schaden der Institution, dem Renommee der Nordwestschweiz und dem gesamten Bildungssystem. Die Stärke der Region liegt darin, dass sie sowohl eine solide Berufslehre als auch eine qualitativ hochwertige universitäre Ausbildung bietet. Diese Balance gilt es zu erhalten.

Andrea Heger (EVP) findet, dass Sven Inäbnit eine gute Brücke geschlagen habe. Er verwendete Begriffe, die auch in den Notizen der Rednerin stehen – Schwarz-Weiss-Denken, Grabenkämpfe – und er spricht Florian Spiegel an. Eigentlich wollte sie Florian Spiegel loben, denn er bringt sein Anliegen, rhetorisch geschickt, mit einem knackigen Satz auf den Punkt. Nur ist seine Sichtweise sehr einseitig. Würde er die andere Seite ebenfalls betrachten, und nicht nur schwarz-weiss, dann entspräche das Andrea Heger mehr.

Man muss die Bildung als Ganzes betrachten. Das ist oft der Punkt, an dem Basel-Stadt Mühe hat, Basel-Landschaft zu verstehen. Es geht nicht darum, dass man der Universität das Geld nicht gönnt, sondern darum, dass auch die Grundbildung auf soliden Füßen stehen muss. Man möchte nicht, dass am Ende alles Geld zur Universität geht. Hier besteht die fortdauernde Aufgabe, dies in Einklang zu bringen. Mit und in diesem Bewusstsein wurden die Ausgaben an die Universität stets berücksichtigt. Es ist nicht so, dass man immer alles gewährt, was die Universität verlangt. Es wurde auch viel gekürzt. Trotzdem ist der Denkhorizont teilweise zu eng. Es ist nicht gesund, Grabenkämpfe aufkommen zu lassen – weder zwischen Stadt und Land noch zwischen Ober- und

Unterbaselbiet. Betrachtet man die Situation genauer, sieht man, dass viele Menschen im Speckgürtel rund um Basel wohnen, weil sie von den guten Kulturangeboten profitieren. Sie schätzen die ÖV-Anbindungen in die Stadt und leben deshalb gerne im Baselbiet. Auch hier gibt es erfolgreiche Start-ups – viele davon sind mit Unterstützung der Universität entstanden. Diese Unternehmen werden von der Universität begleitet, entwickeln sich hier und bilden Cluster, zum Beispiel in Allschwil, über den alle schwärmen. Davon profitiert Baselland direkt, denn wirtschaftliche Aktivität und Steuereinnahmen nehmen dadurch zu.

Auch die Gemeinden profitieren. Andrea Heger sieht als Präsidentin einer Oberbaselbieter Gemeinde direkt, dass, wenn es den Unternehmen gut geht, sich das über den Finanzausgleich auch positiv für die kleinen Gemeinden auswirkt. Deshalb muss man aufpassen, dass man sich nicht gegenseitig ausspielt und aufwiegelt. Es geht darum, das Ganze zu denken. Die einen tragen mit der schönen Landschaft, die anderen mit ihren guten Finanzen bei. Studien zeigen schon seit Jahren, dass nicht nur Basel-Stadt, sondern auch Basel-Landschaft von der Universität profitiert.

Ronja Jansen (SP) findet die Diskussion bisher sehr interessant, hält den Horizont der Debatte aber für zu eingengt. Die Debatte konzentriert sich auf kurzfristige Fragen: Lohnt sich die Investition für morgen? Wer erzielt welche Steuereinnahmen? Wer profitiert wie stark? Für die Rednerin geht es um Grundsätzliches. Die Universität ist eine Investition in den Fortschritt der Gesellschaft. Es geht nicht nur um den Nutzen für die Wirtschaft, sondern um die gesamte Gesellschaft. Die Universität ist einer der Orte, an denen auch scheinbar sinnfreie Werte verhandelt werden. Hier wird der Umgang mit Krisen gelernt und die gesellschaftliche Entwicklung gedacht. Der Nutzen lässt sich nicht einfach im BIP-Wachstum der nächsten Jahre messen.

Als der Krieg in der Ukraine ausbrach, war man plötzlich froh über Expertinnen, die sich mit der Geschichte osteuropäischer Staaten auskennen. Bei der Krise in Gaza werden Spezialistinnen für den Nahen Osten benötigt. Niemand hatte vorher gedacht, dass dieses Wissen kurzfristig ökonomisch relevant sein würde. Während der Corona-Pandemie war Grundlagenforschung, etwa im Bereich Virologie oder mRNA-Entwicklung, entscheidend. Angesichts des erstarkenden Autoritarismus in vielen Ländern Europas und den USA sind Gesellschaftsforscherinnen wichtig, um Entwicklungen einordnen zu können. Der Nutzen der Universität zeigt sich also nicht nur kurzfristig und lässt sich nicht vollständig monetarisieren. Die Universität ist eine Investition in den Fortschritt und in die Entdeckung von Wegen für eine zukünftige Gesellschaft. Dieses Argument mag nicht bei allen als finanzpolitisch überzeugend gelten, doch es ist wichtig, dass dieser Aspekt in der Debatte anerkannt wird.

Roman Brunner (SP) möchte gerne auf einige der genannten Punkte reagieren. Zuerst der Vorwurf, die Universität würde nicht sparen. Das stimmt nicht. Die Universität spart Hunderttausende Franken ein und zehrt ihr eigenes Kapital auf. Wenn die Entwicklung so weitergeht, wird die Universität irgendwann am Ende sein und kann sich nicht mehr weiterentwickeln. Thomas Eugster hat darauf hingewiesen, dass CHF 14,9 Mio. – das sind 0,5 % des Budgets der Universität – für die Weiterentwicklung zur Verfügung stehen. Wenn man dies mit den Forschungs- und Entwicklungsbudgets grosser Firmen wie Novartis vergleicht, zeigt sich, dass man mit diesen 0,5 % keine «Bäume ausreissen» können wird. Die Mittelbaureform wird aus finanziellen Gründen immer wieder verschoben, obwohl sie dringend nötig ist. Mit den bereitgestellten Mitteln kommt die Universität bei der strategischen Weiterentwicklung nur begrenzt voran.

Zum Sparpotenzial: Es wird oft suggeriert, dass überall einfach gekürzt werden könne. Die Universität muss selbstverständlich prüfen, wo sie effizienter arbeiten und Geld sparen kann, zum Beispiel durch Anpassungen von Studiengängen an die Bedürfnisse der Gesellschaft und der Wirtschaft. Dies ist Teil des Leistungsauftrags: Die Universität orientiert sich an der Region und deren Bedürfnissen. Über zwei Drittel des operativen Budgets fliessen in die Life Sciences und die Medizin. Diese Forschungsfelder sind für die Region hoch relevant. Hier möchte man keine Kürzungen

oder Abbaumassnahmen haben.

Markus Graf machte die Aussage, dass Gelder, die der Kanton Basel-Landschaft in die Universität steckt, auf Kosten der Bildung der Baselbieter Kinder gehen. Entschuldigung, aber einen grösseren Quatsch hat Roman Brunner noch selten gehört. Die Mehrheit der Studierenden stammt ja aus dem Baselbiet. Die Universität ist für Jugendliche eine zentrale Bildungsinstitution. Der Kanton trägt daran selbstverständlich seinen Anteil. Andernfalls würde man zu einer isolierten Bildungspolitik der 1970er-Jahre zurückkehren, als Basel-Stadt für seine Universität noch einen Numerus Clausus einführen und nur noch die eigene Bevölkerung dort studieren lassen wollte. Früher, zur Zeit von Wilhelm Tell, konnte noch jeder eigenbrötlerisch im eigenen Gärtchen sitzen und sein Ding durchziehen. Diese Zeiten sind vorbei. Gerade im Bildungsbereich sind Durchlässigkeit und Mobilität wichtig, denn sie fördern wissenschaftliche Exzellenz und Weiterentwicklung, wie auch Ronja Jansen betont hatte.

Markus Graf (SVP) möchte erstmal auf den Vorwurf von Roman Brunner reagieren. Markus Graf hatte nämlich so argumentiert, wie die SP es stets tut – nämlich überspitzt. Deshalb möge Roman Brunner ihm seinen Vergleich für einmal nachsehen. Danken möchte der Redner Brunners Parteikollegin Ursula Wyss für ihren Werbespruch zugunsten der Gemeindeinitiative. Die IUW-Beiträge waren schon mehrfach Thema hier, sind sie doch eigentlich das Hauptproblem der heutigen Hochschulfinanzierung.

Zur Klarstellung sei hier noch der Inhalt der Gemeininitiative erläutert: «Der Kanton Basel-Landschaft unternimmt alle ihm möglichen Schritte, um einen interkantonalen Universitätsvertrag mit Inkrafttreten ab dem Jahr 2030 abzuschliessen.» Solche Initiativen sind in der Schweiz dank der demokratischen Prozesse möglich und dienen dazu, bestehende Ungerechtigkeiten zwischen den Kantonen von unten zu korrigieren. Die Initiative zielt auf eine faire Finanzierung der Hochschulen in allen Kantonen und eine gerechte Verteilung ab. Deshalb ist ein klares Ja an der Urne notwendig.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) führt aus, dass es sich beim Globalbeitrag 2026 bis 2029 um eine unbestritten sehr wichtige Vorlage handle. Es geht um eine grosse Summe, die der Regierungsrat zum Beschluss vorlegt. Wie im Verlauf der intensiven Diskussionen und Debatten heute mehrfach gehört, ist die Vorlage wichtig für die Parteien, die Fraktionen, aber auch für den Kanton und selbstverständlich auch für die Bildungsdirektorin. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass in den Verhandlungen mit der Universität ein Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen der Universität und den Möglichkeiten der Trägerkantone gefunden werden konnte.

Die Universität wünscht sich naturgemäss einen viel höheren Beitrag, nämlich rund CHF 90 Mio. mehr, doch Geld wächst bekanntlich nicht auf Bäumen. Deshalb muss die Universität ihr Kostenwachstum begrenzen, so wie Basel-Landschaft das auch im Kantonshaushalt tut. Die Universität belegt regelmässig Spitzenplätze in diversen Rankings. Ziel des Antrags an den Landrat ist, dass die Universität ihr Niveau halten kann und dass eine moderate Weiterentwicklung möglich ist. Den Trägerkantonen ist es auch wichtig, dass die Sparte Immobilien stabilisiert werden kann. Die Universität setzt denn auch in der nächsten Leistungsperiode gezielt Eigenmittel ein. So ist ein grosser Teil im Bereich Immobilien programmiert, weil die Kantone seit Jahren vorausschauend Mittel für Folgekosten von Bauprojekten äufnen. Die Universität wird aber auch Eigenmittel für Lehre und Forschung einsetzen können. Der Eigenkapitalbestand der Universität beträgt Ende 2024 CHF 445 Mio. Im Vergleich zum Eigenkapital des Kantons Basel-Landschaft von rund CHF 790 Mio. ist das Polster der Universität doch ziemlich beachtlich. Gleichzeitig erwartet die Rednerin, dass die Universität die Verwendung des Eigenkapitals sorgfältig plant und ihr Kostenbewusstsein verbessert. Roman Brunner ist Recht zu geben, dass sie kostenbewusst ist – was man von ihr aber auch erwarten darf.

Die Universität steht vor Herausforderungen. Wie bekannt, plant der Bund ein Entlastungspaket

und die Universität kann nicht darauf zählen, dass die Trägerkantone Ausfälle ausgleichen. Weiteres Kostenwachstum, insbesondere im Immobilienbereich, ist absehbar. Der Regierungsrat hat dies berücksichtigt.

Es seien noch ein paar Zahlen in Erinnerung gerufen: Das Budget der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion für das Jahr 2026 beträgt rund CHF 1,1 Mrd. 75 % des Budgets gehen in die Bildung, ein zweiter grosser Block ist die Jugend- und Behindertenhilfe. Von den Bildungsausgaben gehen 21 % an die Universität – und somit ein riesiger Betrag. 9 % gehen an die FHNW. Damit fliessen rund 30 % der gesamten Bildungskosten an die Hochschulen. Es ist darauf zu achten, dass diese Ausgaben nicht noch weiter wachsen, denn gleichzeitig müssen die Volksschule, die Berufsschulen und die Mittelschulen ausreichend finanziert bleiben. Es wurden deshalb auch Gespräche mit Basel-Stadt aufgenommen, um über die Leistungsperiode hinaus zu schauen, wie die Finanzierung ab 2030 aussehen soll. Es war eines der wichtigen Ergebnisse, sich mit Basel-Stadt darauf einigen zu können, den Finanzierungsschlüssel erneut zu überprüfen. Dabei steht das Thema Standortvorteil im Fokus. Eine Arbeitsgruppe wird sich dem Thema annehmen. Damit ist garantiert, dass die Verhandlungen rechtzeitig beginnen und in geordneten Bahnen verlaufen. Damit wird der Universität eine Sicherheit gegeben. Bezüglich der Finanzierung durch die anderen Kantone bekräftigt die Rednerin, dass sie sich in den nationalen Gremien – seit sie im Amt ist – intensiv und vehement dafür einsetzt, dass die IUV-Tarife überprüft und erhöht werden. Damit soll gewährleistet sein, dass alle Kantone angemessen für ihre Studierenden beitragen. Dieser Weg ist mühsam und steinig, denn die Finanzierung der Universitäten und der Fachhochschulen obliegt den Kantonen, während der Bund die ETH zu 100 % finanziert. Änderungen am Modell erfordern Verhandlungen mit anderen Kantonen und sind nicht kurzfristig möglich. Es ist blauäugig, wenn man – wie Markus Graf – meint, man könne in dieser Hinsicht innert zwei Jahren etwas bewirken, angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Schweiz. Man muss aber dranbleiben und weiterarbeiten. In den zehn Jahren, die die Rednerin nun schon am Thema dran ist, konnte aber immerhin einiges erreicht werden. Aber es gibt nun mal keinen Hebel, um Aargau und Solothurn zu verpflichten, mehr an die Universität beider Basel beizutragen. Nur freundschaftliche nachbarschaftliche Beziehungen reichen nicht aus, die Nachbarkantone zu überzeugen. Es ist aber auch zu bedenken, dass viele Kantone weder eine Hochschule noch eine Universität haben. Diese zahlen aber auch sehr viele IUV-Beiträge an die Universitäten der Schweiz. Viele der Studierenden kehren nach dem Studium nicht mehr in ihren Heimatkanton zurück – die Rede ist hier von den sogenannten Wanderungsverlusten. Ein Kanton, den das betrifft, ist z. B. der Kanton Wallis. Dieser zahlt sehr viel IUV-Beiträge, kann aber kaum davon profitieren, indem die Studierenden zurückkommen. Auch diese Perspektive gilt es zu berücksichtigen in den Verhandlungen. Trotzdem: Das gegenseitige Verständnis ist vorhanden und immerhin werden nun die IUV-Beiträge hinsichtlich der Teuerung für die Jahre 2025–27 angepasst.

Zum Schluss: Die Universität Basel ist wichtig für die Region und ein zentraler Standortfaktor. Sie trägt zur Attraktivität der Region bei. Basel-Landschaft braucht die Universität und umgekehrt. Die Universität hat selbstverständlich eine Strategie, nämlich die Strategie 2023–2030. Der Universitätsrat wird die weiteren strategischen Arbeiten (ab 2030) nun an die Hand nehmen. Die Trägerkantone haben im Leistungsauftrag eine weitere Strategie definiert, die man von der Universität verwirklicht sehen möchte. Dies betrifft eine Strategie, wie gelehrt werden soll. Es war für die Studierenden und die Jungparteien wichtig, dass nicht jeder Professor für sich selber entscheiden können soll, wie er lehrt, sondern dass sich die Universität eine gesamtheitliche Strategie gibt. Das zweite betrifft die Frage, wo die Universität wachsen soll. Sie soll gezielt wachsen, wozu man sich erst überlegen muss, in welche Richtung es am interessantesten wäre. Die Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt sind gemeinsam überzeugt, den Parlamenten einen austariereten Antrag zu stellen. Für Basel-Landschaft bedeutet das einen Beitrag von CHF 733 Mio. für die nächsten vier Jahre, CHF 72 Mio. Franken oder 11 % mehr als in der aktuellen Leistungsauftrags-

periode. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass das sehr gut investiertes Geld ist – womit die Rednerin für einmal auch Ronja Jansen Recht geben muss. Die Region braucht die gut ausgebildeten Fachkräfte. Der Beitrag erlaubt der Universität, sich moderat weiterzuentwickeln bei gleichzeitigem Kostenbewusstsein.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 66:14 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratsbeschluss

betreffend Universität Basel; Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2026–2029 (Partnerschaftliches Geschäft)

vom 16. Oktober 2025

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Der Leistungsauftrag der Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt an die Universität Basel für die Jahre 2026–2029 mit einem bikantonalen Globalbeitrag von 1'504,15 Millionen Franken wird genehmigt.
2. Für den in der Landratsvorlage ausgewiesenen Trägerbeitrag des Kantons Basel-Landschaft an die Universität Basel für die Leistungsauftragsperiode 2026–2029 wird eine neue einmalige Ausgabe von 733'317'006 Franken bewilligt. Die Auszahlungstranchen betragen fix 180'688'610 Franken für das Jahr 2026 sowie gemäss Prognose 183'762'339 Franken für das Jahr 2027, 183'918'300 Franken für das Jahr 2028 und 184'947'758 Franken für das Jahr 2029.
3. Der Landrat nimmt zur Kenntnis, dass die Jahrestanchen für die Jahre 2027–2029 basierend auf einer aktuellen Prognose der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der beiden Trägerkantone ermittelt worden sind und im Rahmen der Aufteilung des verbleibenden Restdefizits gemäss § 33 Abs. 3 des Vertrags zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel höher oder tiefer ausfallen können, sowie dass der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft für eine allfällige Erhöhung der Ausgabenbewilligung im Rahmen des Beschlusses über die jährliche Aufteilung des verbleibenden Restdefizits gemäss § 33 Abs. 3 der Universitätsvertragsänderung zuständig ist.
4. Für die nicht-werthaltigen Mehrkosten des Neubaus Biozentrum wird eine neue einmalige Ausgabe von 9'350'000 Franken bewilligt.
5. Die bikantonale Eigentümerstrategie 2026–2029 wird zur Kenntnis genommen.
6. Ziffern 1, 2 und 4 dieses Beschlusses unterliegen dem Vorbehalt entsprechender Beschlüsse des Grossen Rats des Kantons Basel-Stadt.
7. Ziffer 2 dieses Beschlusses untersteht gemäss § 31 Abs. 1 Bst. b der Kantonsverfassung der fakultativen Volksabstimmung.

8. *Ziffer 1 dieses Beschlusses wird nur wirksam, wenn für den Ausgabenbeschluss unter Ziffer 2 keine Volkabstimmung verlangt oder wenn dieser Beschluss in einer allfälligen Volksabstimmung bestätigt wird.*
-